

Resolution „Die Kürzungen der Regionalisierungsmittel dürfen keine Auswirkungen auf den ÖPNV haben“

Wie bekannt ist, hat die Bundesregierung die Regionalisierungsmittel allein für Baden-Württemberg um 70 Millionen Euro gekürzt. Das könnte dazu führen, dass 30% der Fahrgäste wieder auf das Auto umsteigen, da das zur Ausdünnung der bestehenden Fahrpläne führt. Dies stellt für unsere Umwelt, die Lebensqualität in den Städten – mehr Abgase durch längere Wartezeiten an Ampeln, Parkplatzsuche, etc. – und die Lebensqualität im ländlichen Raum – schlechte ÖPNV-Anbindung, ohne Besitz eines Autos keinerlei Mobilität – einen Rückfall in längst vergessen geglaubten Zeiten dar. So können die Klimaschutzziele des Landes auf jeden Fall nicht erreicht werden.

In unserer Region wurde in den letzten Jahren mit vergleichsweise bescheidenen Mitteln und erheblichen regionalen Finanzierungsbeiträgen ein sehr erfolgreiches ÖPNV-System entwickelt, das sehr viele Nutzer an sich bindet, sowohl dem Tourismus als auch der nachhaltige Entwicklung unserer Region dient. Der gut funktionierende ÖPNV ist auch unabdingbar für die positive Entwicklung der strukturschwachen Gebiete in unserem Landkreis.

Wir fordern daher die Landesregierung auf, die wettbewerbsfeindlichen und gegen das Landesinteresse gerichteten Klauseln der mit der Bahn geschlossenen Verträge neu zu verhandeln oder die Leistungen neu für den Wettbewerb auf der Schiene auszuschreiben.

Auch fordern wir das Projekt Stuttgart 21 nicht weiter zu verfolgen, da dabei 50 Mio. jährlich für die Kompensation der verlorenen Regionalisierungsmittel frei würden.